



19. Wahlperiode

HESSISCHER LANDTAG

Drucksache 19/2444

18.09.15/ka.

PK

**Dringlicher Entschließungsantrag
der Fraktion DIE LINKE**

betreffend für eine Umkehr in der Asylpolitik: Offene Grenzen für Menschen in Not!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag ist entsetzt über das Versagen des europäischen Asylsystems, das Flüchtlingen keine legale und sichere Einreise erlaubt und Schutzsuchende zu schikanösen und lebensgefährlichen Fluchtwegen zwingt. Tausende Menschen haben diese Abschottungspolitik bereits mit dem Leben bezahlt.

Angesichts der dramatischen Ereignisse der vergangenen Wochen und Monate ist der Landtag der Überzeugung, dass die gegenwärtige Situation einen grundlegenden Kurswechsel in der europäischen und deutschen Asylpolitik erfordert: Die rücksichtslose Abschottungspolitik gegenüber Flüchtlingen muss zugunsten einer an Menschenrechten orientierten Aufnahmepolitik überwunden werden. Menschen in Not müssen legal und sicher Einreisen können und unter menschenwürdigen Bedingungen aufgenommen werden. Eine solche Asylpolitik muss begleitet werden von einer Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, die Fluchtursachen nachhaltig bekämpft.

1. Anlässlich des Flüchtlingsgipfels von Bund und Ländern am 24. September 2015 fordert der Hessische Landtag, einen solchen Kurswechsel in der deutschen und europäischen Asylpolitik einzuleiten. Im Einzelnen fordert der Landtag:

- Legale und sichere Fluchtwege für Menschen in Not!

Der Landtag kritisiert, dass immer mehr Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ihre Grenzen mit immer höheren Zäunen aufrüsten, um Schutzsuchende abzuwehren. Das Mittelmeer ist längst zu einem Massengrab für unzählige Geflüchtete geworden. Der Landtag fordert, Asylsuchenden die visumsfreie Einreise zu ermöglichen oder ihnen humanitäre Visa für die Durchführung des Asylverfahrens zu erteilen. Deutschland muss seinen Beitrag am Resettlement-Programm der Vereinten Nationen zur Evakuierung schutzwürdiger Flüchtlingsgruppen substantiell erweitern. Ein von allen EU-Mitgliedstaaten getragener und ausreichend ausgestatteter Seenotrettungsdienst muss eingerichtet werden. Nicht der Schutz von Grenzen sondern Seenotrettung und Fluchthilfe sind die vordringlichsten Aufgaben. Die illegalen Zurückschiebungen – zu Land und auf dem Meer – müssen sofort eingestellt werden.

- Keine weiteren „sicheren Herkunftsstaaten“!

Der Landtag ist der Überzeugung, dass eine Ausweitung der Regelung der sicheren Herkunftsstaaten um Montenegro, Albanien und das Kosovo strukturelle Probleme der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland nicht lösen, aber das Asylrecht weiter aushöhlen wird. Eine Ungleichbehandlung von Flüchtlingen aus verschiedenen Herkunftsstaaten lehnt der Landtag ab.

EA 21.09.2015

1912444

Alle Schutzsuchenden haben das Recht auf menschenwürdige Aufnahmebedingungen und ein faires Asylverfahren, dessen Herzstück die unvoreingenommene Einzelfallprüfung ist. Die Lebenswirklichkeit in den Ländern des Westbalkans kann keinesfalls pauschal als „sicher“ eingestuft werden. Menschenrechtsberichte zeigen, dass etwa Angehörige der Roma und anderer Minderheiten in den Balkanstaaten vielfältigen Diskriminierungen und rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind und oftmals in existentieller Armut leben.

- Europäische Dublin-Verordnung abschaffen!

Der Landtag ist der Ansicht, dass das von der Dublin-Verordnung geschaffene Zuständigkeitssystem gescheitert ist. Dublin bürdet die Hauptverantwortung für die Aufnahme von Flüchtlingen einseitig den überforderten EU-Mitgliedstaaten mit relevanten EU-Außengrenzen auf. Andererseits hindert die Verordnung Schutzsuchende daran, sich dort niederzulassen, wo sie eine unterstützende Infrastruktur finden würden. Asylsuchende sollten daher selbst das Land bestimmen können, in dem sie ihr Asylverfahren durchführen möchten. Eine mögliche Ungleichverteilung muss vor allem auf finanzieller Ebene ausgeglichen werden, entsprechend der Größe und wirtschaftlichen Möglichkeiten der jeweiligen Mitgliedstaaten.

- Asyl-Maßnahmenpaket der großen Koalition stoppen!

Der Landtag lehnt das geplante Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur aktuellen Asylpolitik entschieden ab. In der Zielsetzung steht es im Widerspruch zu der großen Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung. Die Ausweitung der Unterbringung in den bereits jetzt überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen von drei auf sechs Monate wird den für viele Asylsuchende unerträglichen Zustand weiter verschärfen. Dass Menschen aus angeblich sicheren Herkunftsstaaten bis zum Abschluss ihres Asylverfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben müssen, ist mit rechtsstaatlichen Grundsätzen unvereinbar und eine Verletzung der EU-Aufnahmerichtlinie, die eine diskriminierende Behandlung nach Herkunft untersagt. Der Plan, den Bargeldbedarf durch Sachleistungen zu ersetzen, ist verfassungswidrig und ignoriert die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum soziokulturellen Existenzminimum.

- Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge!

Der Landtag ist der Ansicht, dass ein grundlegender Politikwechsel in der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik erforderlich ist, damit Menschen nicht mehr gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Der Hessische Landtag fordert ein Verbot von Waffenexporten, eine vorsorgende Friedenspolitik und Diplomatie zur Verhinderung und Beendigung von Konflikten. Mit dem Ziel einer gerechten Weltwirtschaftsordnung und einer Verbesserung und Angleichung der Lebensverhältnisse weltweit fordert der Landtag faire Handelsbeziehungen, einen Stopp EU-subsidierter Exporte von Lebensmitteln, damit heimische Märkte nicht zerstört werden, und Maßnahmen für einen effektiven Klimaschutz.

2. Der Hessische Landtag fordert auch für Hessen einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik. Alle notwendigen Maßnahmen müssen jetzt ergriffen werden, um humanitäre Mindeststandards in der Flüchtlingsaufnahme zu verwirklichen.

- Winterabschiebestopp erlassen!

Der Landtag stellt fest, dass entgegen den Behauptungen der schwarz-grünen Regierungsfractionen von Hessen aus Abschiebungen in die Obdachlosigkeit erfolgen, selbst dann, wenn schutzwürdige Personen, etwa Familien mit kleinen Kindern, von der Abschiebung betroffen sind. Gerade im Winter stellt diese Praxis für die Betroffenen eine existentielle Bedrohung dar. Der Landtag fordert daher, dem letztjährigen Beispiel Thüringens und

1912444

Schleswig-Holsteins zu folgen und Abschiebungen insbesondere nach Afghanistan, Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Russische Föderation, Serbien, Türkei, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, Pakistan und Ukraine bis mindestens zum 31. März 2016 auszusetzen.

- Familiennachzug von Bürgerkriegsflüchtlingen erleichtern!

Der Landtag fordert, dass syrischen Bürgerinnen und Bürgern in Hessen auch in Zukunft ermöglicht werden muss, Familienmitglieder aus der Krisenregion nachzuholen. Das im Juli ausgelaufene Aufnahmeprogramm muss ohne zeitliche Begrenzung fortgeführt werden. Der Landtag kritisiert, dass auf Grund der engen Voraussetzungen des Programms in den zwei Jahren seines Bestehen nur 683 Bürgerkriegsflüchtlinge nachgeholt werden konnten und plädiert für eine Abschaffung der finanziellen Hürden, die dazu führen, dass derzeit nur wohlhabende Familien eine Chance haben, Verwandtschaft nachzuholen. Der Landtag stellt fest, dass Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Herkunftsländern Irak, Eritrea, Somalia und Afghanistan auch überwiegend einen Schutzstatus erhalten und fordert daher, das Aufnahmeprogramm um diese Personengruppen zu erweitern, um ihnen die Strapazen der lebensgefährlichen Flucht zu ersparen.

- Menschenwürdige Verhältnisse in der Erstaufnahmeeinrichtung herstellen!

Im Hinblick auf die bevorstehende kalte Jahreszeit fordert der Landtag, alle verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren, um Asylsuchende menschenwürdig in festen Unterkünften unterzubringen. Der Landtag kritisiert, dass Geflüchtete aus den Balkanstaaten über die gesetzlich zulässige Zeit von drei Monaten hinaus in der Erstaufnahmeeinrichtung festgehalten werden, und fordert, diesen rechtswidrigen Zustand zu beenden und allen Asylsuchenden spätestens nach drei Monaten das Verlassen der Erstaufnahmeeinrichtung zu ermöglichen. Der Landtag fordert ferner, dass das Land seinen Verpflichtungen aus der EU-Aufnahmerichtlinie, die bis zum 20. Juli 2015 umzusetzen war, endlich nachkommt, und ein Verfahren in Hessen etabliert wird, das die besonderen Bedürfnisse verletzlicher Personengruppen bei der Unterbringung berücksichtigt.

- Massenunterkünfte verhindern, sozialen Wohnungsbau wiederbeleben!

Der Landtag lehnt Zeltstädte, Containerlager und andere Massenquartiere für Geflüchtete ab und fordert eine Unterbringung von Asylsuchenden unter menschenwürdigen Bedingungen, die vorrangig in Wohnungen erfolgen soll. Der Landtag stellt fest, dass die Politik der Privatisierung von Wohnungen der vergangenen Jahre strukturelle Defizite in der Versorgung mit sozialem Wohnraum geschaffen hat, wodurch Kommunen heute bei der menschenwürdigen Unterbringung von Geflüchteten überfordert sind. Der Landtag fordert eine konzertierte Neuauflage des sozialen Wohnungsbaus mit dem Ziel, Menschen mit geringem Einkommen und Flüchtlingen einen Zugang zu gutem Wohnraum zu niedrigen Preisen zu verschaffen. Hier sind alle öffentlichen Wohnungsgesellschaften in besonderem Maß gefordert, ihre bisherige Geschäftspolitik grundlegend zu ändern. Flüchtlinge müssen bei der Suche und Anmietung von Wohnungen unterstützt werden. Personen, die Wohnraum oder Unterkünfte für Flüchtlinge schaffen wollen, brauchen eine Absicherung durch Landesbürgschaften.

- Integration von Beginn an!

Der Landtag fordert statt Maßnahmen der Abschreckung eine Politik, die auf Integration von Asylsuchenden vom ersten Tag an setzt. Asylsuchende müssen sofort arbeiten dürfen, Zugang zu Sprachkursen erhalten und dort wohnen dürfen, wo sie einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt oder zu Bildungs- oder Qualifizierungsangeboten haben. Dies muss begleitet werden mit einer Strategie der Arbeitsmarktintegration, die auch die Anerkennung und Weiterentwicklung

19/2444

vorhandener Qualifikationen und Fertigkeiten berücksichtigt. Das Landesförderprogramm „WIR“ ist mit Fokus auf die Bedürfnisse von Geflüchteten zu erweitern. Über 18jährige heranwachsende Flüchtlinge dürfen nicht von dem Programm „Integration und Ausbildung (InteA)“ ausgeschlossen werden; auch sie müssen die Möglichkeit erhalten, einen Schulabschluss zu erwerben.

- Rechten Terror bekämpfen, Rassistinnen und Rassisten entgegentreten!

Der Landtag stellt fest, dass es neben der großen Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung auch eine unübersehbare Welle rechten Terrors gegen Flüchtlinge und Flüchtlingsunterkünfte gibt. Die steigenden Fallzahlen solcher Vorfälle sind genauso beschämend und erschreckend genauso wie die an manchen Orten schwindende Distanz zwischen Teilen der Bevölkerung und der organisierten Rechten. Der Landtag fordert ein entschiedenes Vorgehen gegen Rassistinnen und Rassisten. Es darf keine Toleranz gegenüber denjenigen geben, die die Würde anderer Menschen angreifen. Der Landtag kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die bayrische CSU mit der Einladung des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen Rassisten und Brandstifter hofiert und dadurch die repressive Praxis in Ungarn, wo in eklatanter Weise Menschenrechte missachtet werden, gezielt aufwertet.

Wiesbaden, den 18.09.2015



Der Fraktionsvorsitzende
Willi van Ooyen